

Unsere Ideen für das Regierungsprogramm 2023 der CDU Bremen

Leitantrag zum Bremenstag 2022

Bremen voran bringen

In 2023 wählen die Bremer und Bremerhavener eine neue Bürgerschaft. Die Wahl steht unter anderen Vorzeichen als die letzte. Obgleich die CDU Bremen stärkste Kraft in der Bürgerschaft ist, verlangen die Corona-Pandemie, die Klimakrise, der Krieg in der Ukraine, die wirtschaftsfeindliche Politik der rot-grün-roten Koalition und die fehlende Umsetzung jeglicher Digitalisierungsprojekte Inhalte, die an die kommenden Generationen denken.

Schüler auf den Alltag vorbereiten und Pandemiefolgen bekämpfen

Schüler müssen auch durch die Schule auf die Realität im Beruf und einen selbstständigen Lebensalltag vorbereitet werden. Vermehrt entscheiden sich Schüler nach ihrem Schulabschluss zu einem Gap-Jahr, das der Orientierung in Hinblick auf Weiterbildungs- und Berufswahl dienen soll. Grund dafür sind mangelnde Informations- und Praktikamöglichkeiten während der Schulzeit, um herauszufinden, wofür das Interesse am größten ist. Daher soll während der Schulzeit in den Gymnasien ein weiteres verpflichtendes, frei wählbares Praktikum etabliert werden, um auf berufliche Perspektiven gerade auch im Handwerk aufmerksam zu machen. In den Oberschulen sind bereits drei Praktika möglich, wovon zwei verpflichtend sind. Des Weiteren soll die freiwillige Möglichkeit bestehen, das Praktikum um weitere 10 Tage zu verlängern.

Um den Praxisbezug der Lehre zu fördern, fordern wir in der Mittelstufe Themenworkshops, die auf das selbständige Leben vorbereiten sollen, wozu z.B. Mentale Gesundheit, Erste Hilfe, Versicherungen, Steuern und das Verstehen von Mietverträgen zählen. Regelmäßige Informationstage in der Schule, zu denen verschiedene Arbeitgeber eingeladen werden und im Gespräch informieren, sollen ebenfalls auf vielfältige berufliche Perspektiven hinweisen.

Verstärkt durch die pandemische Lage sank das Leistungsniveau der Schüler im Land Bremen im Jahr 2020 erneut vor allem in sozialen Brennpunkten. In dieser Gruppe erreichten bei Lale 5 im Bereich Deutsch/Lesen 42 Prozent der getesteten Kinder nicht den Mindeststandard, weitere 31 Prozent lagen unter dem Regelstandard. In Mathematik verfehlten zwei Drittel der Kinder das Mindestniveau, 20 Prozent bewegten sich zwischen Mindest- und Regelstandard.

Seit der Corona-Pandemie leiden vermehrt auch Kinder und Jugendliche unter psychischen Erkrankungen. Wir fordern daher, dass in Bremen und Bremerhaven in der Schule grundlegende mentale Trainingsformen angeboten werden, um präventiv die mentale Gesundheit von Kindern zu fördern. Darüber hinaus soll „mental health“ im Bildungsplan für Biologie thematisch im Rahmen der Einheit Neurobiologie behandelt werden.

Wir fordern außerdem das Angebot kostenloser (Bremen-Pass) bzw. kostengünstiger Lerntherapie an öffentlichen Bremer Schulen in Form von Legasthenie und Dyskalkulie Kursen. Bisher wird die

Lerntherapie in Bremen nur extern in entsprechenden Instituten angeboten. Ohne Zutun der Eltern (Eigeninitiative, Anreise) hat ein Kind keine Möglichkeit zu lernen, mit der Lernstörung umzugehen. Durch das in den Schulalltag integrierte Angebot wird eine niedrigschwellige Therapiemöglichkeit geboten, die möglichst viele Kinder erreichen kann.

Da Schülerin und Schüler in Bremen stark auf Mobilität innerhalb, sowie zwischen den Stadtteilen angewiesen sind, um ihren Alltag zu bewältigen, fordern wir für Schüler mindestens außerhalb der Stoßzeiten eine kostenlose Mitnahme von Fahrrädern im Bremer Bahnverkehr.

Digitale Bildung stärken

Die fortschreitende Digitalisierung erleben die Schüler sowohl im privaten Bereich als auch als Jugendliche oder Erwachsene in der Arbeitswelt. Es ist darum wichtig, die Schüler bereits im jungen Alter im Umgang mit IT zu schulen und sie auf die digitale Zukunft in allen Bereichen vorzubereiten.

Wir fordern eine bessere digitale Bildung der Schüler. Spätestens ab Klasse vier soll dies durch ein verpflichtendes Fach Informatik auf spielerische Weise erfolgen. In der Sekundarstufe II soll das Fach Informatik in jeder Klassenstufe frei wählbar sein.

Der Umgang mit IT soll zudem ebenfalls in den anderen Fächern stärker etabliert werden, z. B. durch das Arbeiten in einem Computerraum. Im Fach Informatik soll der Umgang mit Programmiersprachen, die Themen Social Media, Online Bullying, Fake News und Mediensucht sollen im bestehenden Fächerkanon thematisiert werden.

Nach der Einführung von Hardware (iPads) in den Schulen muss auch die dazugehörige Lernsoftware ausgebaut werden. Die Bereitstellung der iPads im Jahr 2020 darf dabei kein einmaliger und auch nicht der einzige Vorgang sein. Damit auch folgende Schülergenerationen mit funktionierenden und technisch aktuellen Geräten lernen können, muss regelmäßig über die Neuanschaffung von Hardware und/oder Software sowie die Mitnutzung privater IT entschieden werden. Eine weniger bürokratische und erleichterte Abrufung von Mitteln aus dem ‚DigitalPakt Schule‘ kann dabei einen wichtigen Beitrag leisten. Digitale Lehre darf keine Frage vom sozialen Status werden!

Wir fordern für jede Klasse ein aktuelles Smartboard oder vergleichbare IT, damit Inhalte einer gemeinsamen Lernplattform für Unterricht, Hausaufgaben und Selbststudium genutzt werden können und die Geräte der Schüler in den Unterricht eingebunden werden können. Wir fordern das Land Bremen auf, sich hierbei für eine standardisierte, aber modulare Lernarchitektur des Bundes einzusetzen. Zudem müssen die Lehrkräfte explizit für die Nutzung der Software bereits während des Studiums im Rahmen eines verpflichtenden Mediendidaktikmoduls sowie mittels kontinuierlicher Fortbildungen ausgebildet werden. Rättselraten um die richtige Nutzung der Technik muss ein Ende haben!

Durch den Softwareausbau ergeben sich auch neue Chancen der Integration und des Barriereabbaus, z.B. durch visualisierte Lerninhalte oder die Möglichkeit zur Übersetzung bei Sprachbarrieren. Die Digitalisierung soll als Hilfsmittel zum individualisierten Lernen begriffen werden. Das Land Bremen muss den Bedarf an IT-Personal in Bremer Schulen strukturell anerkennen und den Schulen entsprechendes Fachpersonal aus dem IT-Bereich zur Verfügung stellen, auch um eine Entlastung der Lehrkräfte zu erzielen.

Medizinstudium nach Bremen holen

Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist allgegenwärtig. Auch in Bremen fehlt häufig qualifiziertes medizinisches Personal. Wir wollen selbst für Nachwuchs sorgen - und Bremen als Wissenschaftsstandort noch attraktiver gestalten: Mit einem vorklinischen und klinischen Medizinstudiengang in Bremen! Dabei soll insbesondere auch geprüft werden, inwiefern der Forschungsschwerpunkt Künstliche Intelligenz und Augmented Reality in der Medizin zu einem universitären Forschungsschwerpunkt weiterentwickelt werden kann. Hierbei sehen wir vor allem eine Kooperation mit der Nordbremer Jacobs University als zielführend an.

Digitalisierung der Verwaltung

Nicht nur in der Bildung, auch in der Verwaltung müssen endlich ernsthafte Schritte zur Digitalisierung unternommen werden. Die Pandemie hat die Grenzen unserer Verwaltungen aufgezeigt. Die Mitarbeiter in den Verwaltungen sind durch immer neue Prozesse und Tools überlastet und werden im Stich gelassen, viele Prozesse sind bereits analog veraltet. Wir fordern, dass das Land Bremen ein Budget und einen Zeitplan erstellt, bis wann unsere Verwaltungen digitale Prozesse implementiert haben und die Mitarbeiter diese auch ausführen können. Mangelnde Umsetzung muss persönliche Folgen für die verantwortlichen Mitarbeiter haben, diese wiederum brauchen die volle Autorität zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Dabei müssen bestehende, analoge Prozesse vor ihrer Digitalisierung auf Nutzen und Effizienz im Digitalen hinterfragt werden sowie Angebote aus Bund und anderen Ländern mitgenutzt werden.

E-Ladesäulennetz ausbauen

Die Anzahl der öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen beträgt im Land Bremen aktuell 329 (Stand 19.01.2022)¹. Wird die Anzahl der angemeldeten E-Autos dagegen gerechnet, müssen sich allein in der Stadt Bremen 20 PKWs eine Ladesäule teilen. 44% der im Jahr 2021 neuangemeldeten PKWs im Land Bremen waren PKWs mit E- oder PlugIn-Hybridantrieb. Dieser Entwicklung muss Rechnung getragen werden, indem die Anzahl der E-Ladesäulen erhöht wird. Dabei soll die Barrierefreiheit beim Bezahlen gewährleistet sein. Insbesondere die Dynamik des Ausbaus ist dabei entscheidend, als Zielzahl sind 10 PKWs pro Ladesäule anzustreben. Ohne Lademöglichkeit bleibt der Umstieg auf E-Mobilität für viele Bürger keine Option, trotz steigender Spritpreise und gutem Willen.

Anpassung der KfW-Förderung

Im Januar 2022 ist die KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen eingestellt worden. Tagesaktuell hat die Bundesregierung eine angepasste Förderung beschlossen, die bis zum Ende des Jahres 2022 abrufbar ist. Die Programme, die kurzfristig wieder bedient wurden sind KfW40 und KfW40+. Vor dem Hintergrund der zusätzlich steigenden Baukosten ergeben sich zwei Konsequenzen für Bauwillige: Erstens der Abschied vom Bauprojekt, weil sie die Kosten nicht tragen können oder zweitens der Abschied vom energieeffizienten Bauen, um die explodierenden Baukosten einzufangen. Gerade letzteres aber wäre fatal für die Energiewende und die Unabhängigkeit von Energielieferanten wie Russland. Wir fordern aus diesem Grund das Land Bremen auf eine eigene Förderung für energieeffizientes Bauen aufzuerlegen, damit sichergestellt wird, dass nur energieeffiziente Häuser in Bremen gebaut werden. Wir haben die Chance, ein attraktives Vorzeigebundesland für nachhaltiges Bauen zu werden.

¹ <https://www.butenunbinnen.de/nachrichten/ladesaeulen-e-mobilitaet-bremen-100.html>

Klima-Berufsschule bauen

Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Industrieland müssen wir unsere Häuser von gas- auf strombetriebene Heizungen umbauen. Zudem müssen wir lernen, ressourcenschonender neue Bauwerke zu errichten. Es ist jedoch absehbar, dass dafür schon heute die notwendigen Fachkräfte im Handwerk fehlen. Das heißt: Wir brauchen eine Ausbildungsoffensive! Eine duale Ausbildung ist für viele junge Menschen allerdings nur attraktiv, wenn es wohnortnah auch eine passende Berufsschule gibt. Dies gilt in Bremen und Bremerhaven gerade nicht für holzverarbeitende Betriebe und andere, klimarelevante Berufe. Daher fordern wir: Eine Klima-Berufsschule mit fachspezifischen Standorten für Bremen und Bremerhaven!

Infrastrukturprogramm für Bremen

Wir fordern ein Infrastrukturprogramm, welches vom Senat aufgelegt wird, insbesondere für marode Straßen, Brücken oder auch Radwege im Lande Bremen. Ein immer stärker grassierender Verfall städtischer Infrastruktur, vor allem in den peripheren Stadtteilen Bremerhavens und Bremens, darf nicht zum Status quo werden. Insbesondere Radwege nehmen eine große Rolle in der Verkehrswende ein und müssen flächendeckend in einen verkehrssicheren Zustand versetzt werden, damit die Leistungsfähigkeit dieser erhöht wird. Dies darf allerdings nicht zur Umwidmung von Fahrspuren führen, die bislang dem motorisierten Individualverkehr bzw. Buslinien vorbehalten waren. Viele Radwege werden zukünftig als Zubringer zum Rad-Premiumrouten-Netz dienen. Da die Premiumrouten aber nur sehr grobmaschig den städtischen Raum erfassen werden, ist die sogenannte untergeordnete Infrastruktur ebenso wichtig, um mehr Bürgerinnen und Bürgern den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern.

Ein anderer Fokus muss auch auf den Brücken in beiden Städten liegen, die in den administrativen Einflussbereich der Autobahn GmbH fallen, da diese von essentieller Bedeutung für den Güter- und nationalen PKW-Verkehr sind (z.B. A1 Weserbrücke, A27 Lesumbrücke). Der Senat muss somit auf die Niederlassung Nordwest einwirken, dass Bremer Autobahnbrücken in den Fokus der Instands- und Neubauplanung rücken.

Mobilität für Bremen

Wir fordern die Schaffung von Mobilitätshubs, vor allem in den ländlichen geprägten Stadtteilen Bremerhavens und Bremens, in denen ein Angebot geschaffen wird, dass verschiedenste Verkehrsangebote bequem miteinander kombiniert werden können, um die „letzte Meile“, z.B. von der ÖPNV-Haltestelle zum gewünschten Ziel schnell und effizient zurücklegen zu können. Privaten Anbietern könnten hierzu Flächen an dem jeweiligen Hub zur Verfügung gestellt werden. Als Gegenleistung sollten Anbieter zum Free-Floating-Sharing verpflichtet werden, egal ob es sich um Autos, Fahrräder oder auch E-Scooter handelt. Des Weiteren soll eine Mobilitätsapp eingeführt werden, die nach dem Modell aus Städten wie z.B. Vilnius den Zugriff auf alle Verkehrsträger miteinander kombiniert und entsprechend effizienteste, CO₂-ärmste oder auch schnellste Wege von A nach B vorschlägt. Die Daten aus der Nutzung dieser App könnten anonym DSGVO-konform genutzt werden, um Verkehrsströme besser erfassen zu können und den Bedarf für eventuelle Priorisierung bestimmter Relationen, z.B. im Verkehrswegeplan, zu erreichen. Private wie auch öffentliche Anbieter sollten dazu verpflichtet werden, ihr Angebot in der App zur Verfügung zu stellen.

Wasserstoff als Chance für Bremerhaven

Nun, da alles auf erneuerbare Energien setzt und den Ausbau von Wind- und Solarenergie vorantreibt ist nicht mehr zu leugnen, dass der Senat keinerlei Wirtschaftsstrategie für Bremerhaven hat. Die Offshore-Windenergie in Bremerhaven ist auch Aufgrund des Rot-Grünen und Rot-Grün-Roten Senat tot, der Griff in die Rücklagen für den OTB beweist dies. Zweite Chancen sind selten, Bremerhaven könnte sie haben. Wir fordern die Schaffung eines Wasserstoffhubs in Bremerhaven, in welchem Wasserstoff klimaneutral mit Hilfe von Offshore-Windenergie aus der Nordsee erzeugt wird. Der Bremer Senat hat bislang keine Anstrengungen unternommen die Planungen eines solchen Hubs aufzunehmen, obwohl eine hohe Nachfrage nach grünem Wasserstoff, z.B. in der Logistik- oder der Schwerindustriebranche, mittelfristig gegeben wäre. Um den Wasserstoff von der Küste ins Hinterland zu leiten, wäre die Einrichtung einer Pipeline, z.B. zum Bremer GVZ zu prüfen.

Der Senat muss sich auch endlich für den zügigen Neubau der Küstenautobahn A20 einsetzen. Sämtliche Transporte von Nord- nach Westeuropa und andersherum würden an Bremerhaven vorbeiführen, der Hafen als solcher eine Aufwertung auch gegenüber dem Hamburger Hafen erfahren.

Überprüfung des Zivil- und Katastrophenschutzes in Bremen

Die Sturmfluten des Jahres 2021, besonders im Ahrtal, haben die Verwundbarkeit gegenüber den Naturgewalten aufgezeigt. Im Land Bremen sind ca. 86% der Fläche durch Hochwasser gefährdet. Daher fordern wir die Überprüfung des Hochwasserschutzes sowie der Frühwarnsysteme in Bremen. Eine Sturmflut, die über die Deiche tritt, ist nicht auszuschließen, die Bevölkerung muss rechtzeitig gewarnt werden können.

Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine fordern wir zudem die allgemeine Überprüfung des Zivilschutzes. Neben den Frühwarnsystemen gilt ein besonderes Augenmerk auf Schutzbauten, da Bremen und Bremerhaven anders als andere Großstädte nicht über die Alternative von U-Bahn-Tunneln verfügen. Öffentliche Gebäude könnten verpflichtend mit unterirdischen Schutzbauten zu versehen sein, mindestens jedoch braucht es eine Erfassung und Planung von öffentlich und privat verfügbarem, geeignetem Raum.

Die Corona-Pandemie und die Flut im Ahrtal haben zudem erneut gezeigt, dass wir im Krisenfall neben zivilen Organisationen wie dem Technischen Hilfswerk und dem Roten Kreuz auf die Bundeswehr und ihre Reserve angewiesen sind. Die in Teilen feindliche Haltung der Bremer Zivilgesellschaft ist nicht zuletzt auf den Umgang des Senats mit der Bundeswehr in der Vergangenheit zurückzuführen. Wir fordern den Senat auf, mindestens die Reservisten der Bremer Heimatschutzkompanie und des Landeskommandos allen anderen Ehrenämtern gleichzustellen, öffentliche Gelöbnisse wie in Bremerhaven zuzulassen und zu unterstützen sowie den sicherheitspolitischen Unterricht von Jugendoffizieren an Bremer und Bremerhavener Schulen zu fördern. Die Parlamentsarmee gehört in die Mitte der Gesellschaft und nicht durch Abgeordnete stigmatisiert und an den Rand gedrängt!

Durch die Folgen, die sich aus dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ergeben, wird die Bundeswehr auf unbestimmte Zeit mit all ihren Kräften und Mitteln in der Landes- und Bündnisverteidigung gebunden sein. Die Erfüllung von Anträgen auf Amtshilfe wie im Rahmen der Corona-Pandemie oder bei Unwettern ist deshalb voraussichtlich nur noch in engen Grenzen und nicht mehr in allen Fällen möglich. Für die Länder und Kommunen bedeutet dies, dass sie den eigenen

Katastrophenschutz teilweise neu aufstellen, die bestehenden Konzepte vor allem hinsichtlich der Fähigkeiten und der Durchhaltefähigkeit überprüfen und personell stärken müssen. Die Junge Union Bremen fordert den Senat vor diesem Hintergrund auf, dass Landeskatastrophenschutzkonzept auf die veränderte Situation hin zu überprüfen und bei Bedarf zu konkretisieren. Darüber hinaus müssen die zivilen Katastrophenschutzdienste personell verstärkt und die möglichen Lagen auf Ebene der Stabsarbeit und der Einsatzkräfte regelmäßig geübt werden.

Sicherheitsorgane stärken

Aktuell wird leider auch deutlich, wie wichtig Rüstungsunternehmen, wie OHB und Rheinmetall für eine demokratische Gesellschaft sind. Wir müssen diese sowohl vor Spionage aus dem Ausland, als auch vor extremistischen Angriffen schützen. Wir fordern eine organisatorische und personelle Verstärkung des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV), damit es dieser Aufgabe nachkommen kann. Weiterhin muss der Verfassungsschutz in der Lage sein, jene im Blick zu behalten, die unserer Demokratie ablehnend gegenüber stehen, besonders die sogenannten Querdenker. Nachdem der Senat bereits gefördert hat, dass Bremen ein linksextremistischer Hotspot in Deutschland geworden ist, darf dies nicht auch bei den Querdenkern geschehen. Es müssen V-Leute gewonnen werden, um diese Bewegung beobachten und ihre Handlungen verfolgen und eindämmen zu können.

Das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum ist gerade in den Abend- und Nachtstunden nicht gegeben. Daher fordern wir eine stärkere Polizeipräsenz im Raum des Hauptbahnhofs, der Domsheide sowie zusätzlich einen Sicherheitsdienst, welcher nach dem Zufallsprinzip in den Nachtstunden in den Straßenbahnen für Sicherheit sorgt.

Insgesamt ächzt die Justiz in Bremen unter der hohen Arbeitslast. Es ist schwer, genügend Personal für die Gerichte und die Staatsanwaltschaften zu finden. Daher fordern wir, dass künftig nicht nur 50, sondern 100 Rechtsreferendare pro Jahr in Bremen ausgebildet werden.

Solide Finanzen für Bremen

Eine intelligente Finanzpolitik ist Wegbereiter in eine wirtschaftlich abgesicherte Zukunft, auch von Bremen und Bremerhaven. Wir verurteilen unnötige Ausgaben aus dem „Bremen-Fond“, die in Teilen konstruierte Zusammenhänge zur Pandemie hatten und Versprechen aus dem Wahlprogramm von rot-grün-rot erfüllen sollen, für die sonst kein Geld vorhanden wäre. Unnötige Schulden sind eine zusätzliche Bürde für die junge Generation im Land Bremen. Künftige Anwendungen der Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse müssen strikt darauf geprüft werden, dass nur solche Vorgänge finanziert werden, die sich unmittelbar und in zeitlichem Zusammenhang mit dieser Ausnahmesituation auswirken. Wir fordern zudem, dem Landesrechnungshof das Recht zu geben, in seinen Augen ineffiziente, ineffektive oder möglicherweise rechtswidrige Finanzierungsvorhaben temporär zu unterbinden und der Bürgerschaft erneut zur öffentlichen Debatte vorlegen zu können. Das Schattendasein seiner Prüfungsberichte ohne Konsequenzen für Verantwortliche muss ein Ende haben!

Die schwarze Null als der Nachhaltigkeitsfaktor im Haushalt ist das wichtigste Instrument um Bremen und Bremerhaven Handlungsspielraum und Investitionsmöglichkeiten zu geben. Ein überschuldetes Land wie Bremen sollte hier einen größeren Augenmerk drauf legen, da durch die Überschuldungspolitik der letzten Jahrzehnte 1/5 des Bremer Haushalts für Zinsen eingeplant werden müssen und dies Zukunftsinvestitionen quasi unmöglich macht.

Es ist daher wichtig, private und öffentliche Investitionen in den Standort zu fördern, um den Haushalt langfristig zu entlasten und Firmen an den Standort zu binden. Im Bereich der öffentlichen Gelder ist es wichtig Bundes- und Europafördertöpfe besser abzugreifen. Hier gibt es immensen Nachholbedarf, wir fordern den Senat auf, endlich eine zentrale Übersicht über Fördermöglichkeiten für Land, Kommunen und Bürger zu schaffen. Gegenüber Unternehmen darf es hingegen keine ideologischen Vorbehalte geben, jeder im Rahmen von Recht und Gesetz investierte Euro ist ein guter Euro.